

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. September 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 108

Notstandsmaßnahmen

zur Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit usw.

Auf der letzten Gauvorkseherkonferenz wurden folgende Beschlüsse hierzu gefaßt, die wir hiermit zur Kenntnis der Mitglieder bringen:

1. Alle Arbeitslosen auf der Reise und am Orte, die mindestens sechs Beiträge entrichtet haben, erhalten pro Tag eine Sonderunterstützung von 2 Mk. Es erhalten also die Bezugsberechtigten je nach der Karenz: in der Reiseunterstützung 4 Mk. bzw. 5 Mk. pro Tag, in der Ortsunterstützung 4 Mk., 4,50 Mk. und 5 Mk., die in beiden Unterstützungen sachungsgemäß Ausgescheuerten und noch nicht Bezugsberechtigten 2 Mk. pro Tag Unterstützung.
2. Mitglieder, die nur 24 Stunden in der Woche arbeiten oder in jeder zweiten Woche ausfallen, sind in der einen Woche beitragspflichtig und erhalten in der darauf folgenden Woche für sieben Tage Unterstützung a 2 Mk. pro Tag. Für die erste verkürzt gearbeitete Woche wird keine Unterstützung gewährt.
3. Mitglieder, die länger als 24 Stunden, aber nicht über 36 Stunden in der Woche arbeiten, zahlen für je 14 Tage einen Beitrag.
4. Die Sonderunterstützung an die Arbeitslosen und an die Verkürzdarbeitenden ist eine außerstatutarische und kann jederzeit im Einvernehmen mit den Gauvorkständen aufgehoben oder herabgesetzt werden, wenn die Voraussetzungen, die zu ihrer Einführung geführt haben, nicht mehr bestehen oder die Mittel nicht mehr aufgebracht werden können. Der Charakter dieser außerstatutarischen Unterstützung bedingt es, daß durch

Berlin.

deren Bezug die Beitragsleistung zur Wiedererwerbung sachungsgemäßer Rechte nicht unterbrochen wird. Ausgescheuerte erlangen somit nach 26wöchiger Beitragsleistung die Bezugsberechtigung in der Arbeitslosenunterstützung auch dann, wenn ihnen in zwischen die Sonderunterstützung gewährt wurde.

5. Da für die Sonderunterstützung ganz erhebliche Mittel notwendig sind, die aus den ordentlichen Beiträgen nicht gedeckt werden können, wird bis auf weiteres von allen vollarbeitenden Mitgliedern pro Woche 1 Mk. Extrasteuer erhoben. Dort, wo die Mitglieder zur Unterstützung der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter bereits Extrasteuern leisten, die sich in der Höhe mit der ausgeschriebenen Extrasteuer decken oder sie sogar überschreiten, soll eine Erhöhung der Extrasteuer nicht eintreten, sondern die ausgeschriebene Extrasteuer von der bereits erhobenen in Abzug gebracht und an die Verbandskasse abgeführt werden. Demzufolge ist es den Gauen und Ortsvereinen freigestellt, die nun aus der Verbandskasse gezahlte Sonderunterstützung von der eventuellen Gau- oder örtlichen Unterstützung in Abzug zu bringen.
6. Die ausgeschriebene Extrasteuer ist in voller Höhe an die Verbandskasse abzuführen; die in den Satzungen vorgegebene Rückvergütung von 12½ Proz. kommt von dieser Einnahme nicht in Abzug.
7. Die Sonderunterstützung an die Arbeitslosen wie an die Verkürzdarbeitenden wird erstmalig für die Woche vom 26. September bis zum 2. Oktober gezahlt,

demgemäß wird auch die ausgeschriebene Extrasteuer zum ersten Male für die gleiche Woche erhoben.

8. Um nicht eine neue Belastung für die Verwaltung herbeizuführen, wird von der Ausgabe besonderer Quittungsformulare für die Sonderunterstützung abgesehen. Für die Bezugsberechtigten sind die Quittungsformulare zu benutzen, die für die betreffende Staffel vorgeschrieben sind. Die statutarische Unterstützung ist mit der Sonderunterstützung zusammenzurechnen, so daß für beide Unterstützungen nur ein Quittungsformular ausgestellt werden braucht. Der Betrag der Sonderunterstützung an bezugsberechtigte Mitglieder wird dann an Hand der eingelangten Quittungsformulare auf der Hauptverwaltung festgelegt. Für die Auszahlung der Sonderunterstützung an Nichtbezugsberechtigte, Ausgescheuerte und Kurzarbeiter sind die gelben Quittungsformulare (Formular 3) zu benutzen. Auf dem Formular ist handschriftlich zu vermerken: „Ausgescheuertes“, „Nichtbezugsberechtigter“, „Kurzarbeiter“, je nachdem, welcher Gruppe das Mitglied angehört, an das Unterstützung gezahlt wurde.
9. Bei der monatlichen Abrechnung der Gauverwaltungen mit der Hauptverwaltung ist die Sonderunterstützung von der statutarischen Unterstützung nicht getrennt zu führen, da sich aus der Höhe der gezahlten Unterstützung die ausbezahlten Beträge für die Sonderunterstützung leicht errechnen lassen.

Ein besonderes Rundschreiben wird in dieser Angelegenheit nicht mehr versandt.

Der Vorstandsvorsitzende.

Gewerblicher Rundblick

Kein weißschweifender, sondern nur einer in engeren Grenzen, wenn aus praktischen Gründen auch über zwei Nummern verläßt. Es ist manches erst zu beleuchten, wenn wir näher auf den 25. Oktober zugehen, wenn in Berlin unser Gewerkeparlament zu seiner großen Tagung zusammentritt.

Den Umfang unres Gewerbes und seiner Organisationsformen kennen zu lernen, ist heutzutage nicht so einfach. Früher war es ja auch nicht gerade leicht, aber die Statistik funktionierte doch besser. Die Unterbrechungen durch den Krieg sind eben überall noch zu spüren. Das um die Jahresmitte 1920 erschienene neue Adreßbuch der Druckereien Deutschlands von Klinsch bietet ein typisches Beispiel, wie nicht gearbeitet werden sollte. Früher war der Verlag Klinsch die beste statistische Quelle für unser Gewerbe, jetzt enthält das Adreßbuch nicht einmal eine Übersicht der bestehenden Druckereien. Mühsam muß man 397 Seiten durchzählen, um so zusammenzubringen, was in der Ausgabe 1914 auf einer einzigen Druckseite angegeben ist gleich über einen Zeitraum von 31 Jahren bzw. 13 Adreßbuchausgaben. Elend! Vorbringen führt Klinsch jetzt nicht mehr, weshalb es auch von der Gesamtzahl für 1914 abzulesen ist, wo dieses Gebiet mit 193 Druckereien und 62 Druckorten aufgeführt wurde. Im Jahre 1914 waren in Deutschland 9697 Buchdruckereien vorhanden, davon sind 1575 Firmen gemischte Betriebe (Buch- und Steindruckereien) gewesen; 1920 sind insgesamt 9725 Druckereien (1102 Buch- und Steindruckereien) festgestellt worden. (Die abgetrennten oder besetzten Gebiete fanden noch Einbeziehung.) Für die während der Kriegszeit eingegangenen oder stillgelegenen Druckereien (im Jahre 1917 bezifferte das Statistikamt diese Gruppe auf 390 erloschene und 1114 stillgelegene Betriebe) hat sich somit schon wieder ein Ausgleich ergeben, denn 1920 übersteigt die Druckereianzahl die von 1914 bereits um 28. Der Rückschlag des Krieges auf unser Ge-

werbe kann danach nicht als ungünstig angesehen werden; es hat vielmehr diese schlimme Zeit besser überstanden, als nach den in den Kriegsjahren bekanntgewordenen Mitteilungen und Berichten angenommen werden konnte. Die Tarifgemeinschaft umfaßt gegenwärtig 9472 Firmen (ohne Glas-Verfahren), mit welchem Höchststand unser Gewerbe tarifvertraglich also weit voraus allen übrigen Industrien und Gewerben ist. Wenn man bedenkt, daß die Tarifgemeinschaft mit 1229 Firmen am 22. September 1920 ihr erstes Verzeichnis der tarifanerkennenden Druckereien herausgab bei etwa 6300 überhaupt bestehenden, so muß dieses Durchziehen als eine außerordentliche Tat bezeichnet werden, an der die Gehilfenschaft durch ihre überall eingeleiteten Stoßtrupps nicht den wenigsten Anteil hat. Die Gesamtgehilfenschaft wird einschließlich der Faktoren nicht höher als auf 80000 zu bemessen sein. Die Lehrlingszahl festzustellen, hält sehr schwer. Im Dezember 1918 ermittelte das Statistikamt mit seiner Statistik 12221. Das waren selbstverständlich nicht alle. Wenn in der Tarifamtsstatistik von 1912, die eine viel bessere Befolgung aufzuweisen hatte, im ganzen 16928 Lehrlinge nachgewiesen wurden, so kann mit 15000 der gegenwärtige Lehrlingsstand ungefähr angenommen werden. Die Hilfsarbeiterzahl einigermassen zutreffend einzustellen, ist nicht möglich. Die Organisationen im Buchdruckgewerbe zählen Mitglieder: unser Verband Ende des zweiten Quartals d. J. 73200, der Ostendebund Ende vorigen Jahres 2885, der Faktorenbund 2497; der Hilfsarbeiterverband 36286, die christliche Hilfsarbeiterorganisation 7923. Auf Unternehmerseite: der Deutsche Buchdruckerverein (schätzungsweise, der Jahresbericht ist noch nicht erschienen) 5200; die Annahme in Brinzipalskreisen, daß die ihrer Organisation zugehörenden Druckereien etwa 90 Proz. der Gehilfen beschäftigen, ist entschieden zu hoch gegriffen, es dürften nicht über 75 Proz. herauskommen; der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat 1600 Mitglieder. Was auf der andern Seite noch an kleinen Organisationen besteht, kann nicht ziffernmäßig erfasst werden,

zum Teil, wie bei dem Arbeitgeberverband für das Buchdruckergewerbe, werden die Mitglieder mit der Laterne zu suchen sein.

Wir haben bisweilen den Anschein gewonnen, als ob in Gehilfenkreisen die zur Tarifberatung bevorstehenden Schwierigkeiten unterschätzt werden. Vor einer solchen Unterschätzung möchten wir warnen. Die Gehilfenschaft hat an dem von der Gauvorkseherkonferenz aufgestellten Grundriss zu einem neuen zentralen Tarif und zur Erneuerung der Tarifgemeinschaft in einem die schaffenden Arbeitskräfte grundsätzlicher berücksichtigenden System gezeigelt, daß sie keine Gewerkepolitik von der Hand in den Mund, sondern eine solche, die Gegenwart und Zukunft zum Gegenstande hat, betreiben will. Die Bedürfnisse des Tages wie die einer ferneren Zukunft zu ermitteln und auch zu befriedigen, ist aber angesichts der nötevollen Zeiten unseres Landes kein leichtes Stück Arbeit. Das wissen gerade die voll zu wärtigen, die an ihre mühevollen Mission mit dem besten Schaffenswillen herantreten. Sie haben jedoch das Verlangen, daß die von ihnen vertretene Tarifgemeinschaft nicht die Augen nur auf einen Punkt bann, sondern in klarer Vernünftigkeit auch die andern sieht, die zu dem großen Komplex der Notwendigkeiten gehören, die unsere ganze Front vorwärtsragen sollen. Es sind uns jetzt wieder einige Entschließungen zugegangen, deren Einseitigkeit auch unser dem begreiflichen Empfinden der zunächst drückenden materiellen Not nicht das Richtige ist. Wir wären doch schlechte Sozialisten, wenn wir nur an einem Zipfel unser großes Leidensstück läßteln wollten. Wir haben in den letzten Tagen einen Sowjetmann sprechen können. Ohne jegliche Beschönigung gab er das Hungern des russischen Volkes zu. Aber wie fest er dem Bolschewismus das Durcheinander zu besseren Zeiten auftraut, das zog auch keine mehr zweifelnden Zuhörer in den Bann dieser Hoffnung. Bei der viel ausgeprägteren Methodik der deutschen Arbeiter und der Buchdrucker zumal sollte unser Zukunftsglaube trotz der jetzt wieder recht ungünstigen wirtschaftlichen Ausblicke doch nicht kleiner sein

als bei den Russen, die wohl keine Kapitalkrisen in unserm Sinne mehr haben, deren Glend aber jetzt größer noch als das unsrige ist.

Eine außerordentliche Hauptversammlung der Prinzipalsorganisation wird am 26. und 27. September, in Dornhausen abgehalten. Sie soll lediglich eine Beratung über die Gestaltung des zukünftigen Tarifs sein. Wie aus der Bekanntmachung des Tarifamts in Nr. 106 zu ersehen, kommt man gar nicht zu Rande mit der Verarbeitung der vielen eingegangenen Mitträge. Ob die örtlich vielfach schon lange fälligen Tarifkommissionen „das Treiben erst verrückt gemacht“ haben, wie der Volksmund von einer durcheinander geratenen Situation zu sagen pflegt, oder ob der Tod des Generalsekretärs Stöhr hier seine größten Störungen in die Erscheinung treten läßt, kann an der verfahrenen Sache selbst nichts mehr ändern. Es muß aber die bestimmte Erwartung ausgesprochen werden, daß die Prinzipalsanträge nun in der selbst für möglich gehaltenen Frist an das Tarifamt gelangen. Die Gehilfenschaft will vor den Verhandlungen wissen, was gespielt werden soll, wie das ja die Prinzipale ebenfalls verlangen werden. Die Prinzipalität ist von sich aus auf den Weg der Kündigung des Tarifs gekommen und hat demnach größere Schwierigkeiten als für eine Revision hervorgerufen. Nun darf sie sich darüber nicht noch wundern. Will man im Hinblick auf alle Bahnen zurück, dann wäre das ja auch ein Beweisstück für die Wiederholung der Geschichte, aber damit ist noch nicht gelagt, daß der andre Teil das Lied auch wieder von vorn anfangen will. Es wird aus Dornhausen wohl ein schweres Gebräu kommen.

Die Lage der Gehilfenschaft wird durch die an der Spitze dieser Nummer zum zweifachen erscheinende Bekanntgabe der von der Gewerkschaftskonferenz getroffenen Maßnahmen scharf illustriert. Von der Arbeitslosigkeit sind über 3 Proz., von dem Verkürzungsarbeiten über 10 Proz. unserer Mitglieder erfaßt. Und nun erst die Verteilung dieser ganz oder halb außer Kurs gelesenen Hände! Es kann durch die Maßnahmen der Organisation — der Verband schiebt noch jeden Monat 60000 Mk. zu der neuen Sonderunterstützung zu — wie auch mit der Opferwilligkeit der Mitglieder allein nicht erzwungen werden, die Opfer der Krise durchzuhalten. Es ist aber ehrend für die Organisation, auch unter erswerendsten Umständen Hilfsbereitschaft zu zeigen, und für die arbeitenden Mitglieder ist es eine Ehrenpflicht, samt und sonders beim Lohnempfang an die zuerst zu denken, die nicht diese (auch nicht ausreichenden) Hilfsmittel erhalten. Wem es etwa beikommen sollte, der Gratuliere, die ja einen Akt der Solidarität darstellt, auf dem Wege zu geben, ist aus der Verbandsgemeinschaft mitleidslos auszustoßen. Die Lage der Gehilfenschaft nach der Seite zu beleuchten, daß die erneute Steigerung der Lebensmittel, von Bekleidung, Wäsche und Schuzeug sowie der Nebenabgaben auch Schritte zur Abhilfe beding, ist hier nicht der Ort und noch nicht der richtige Zeitpunkt. Hier steht die Frage der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit näher. Der nachfolgende Artikel berührt diese Seite zu einem Teile, wenn auch das Beispiel im zweiten Absätze nicht ohne Fragezeichen hingenommen werden kann. Das neusteiliche Schema der produktiven Erwerbslosenfürsorge beansprucht aber auch in unserm engagierten Rahmen eine ausgiebigere Betrachtung, was in der nächsten Nummer geschehen soll.

Der wunde Punkt

II.

Wie erwartet und auch gewollt, wurde in der „Zeitschrift“ auf meine Ausführungen im „Korr.“ (Nr. 98) geantwortet, und das sogar zweimal. In Nr. 37 des Prinzipalsorgans werden zur Begründung der derzeitigen Preislässe die bekannten Aufschläge auf die Friedenspreise der Materialien aufgeführt, auch die hohen Papierpreise sind als Hauptursache angegeben; stimmt alles. Ferner wird gesagt, die Preisunterbietungen seien Einzelerhebungen und nur solche Druckereien berechneten unter Tarif, die den Preistarif nicht in allen Einzelheiten genau studierten bzw. kennen. Ich möchte hierzu behaupten, daß es auch viele Firmen gibt, die den Preistarif sehr genau kennen und doch nicht die Preise danach abgeben. Einige Fragen seien mir nun erlaubt. Warum geht man denn den Preistarifkündern nicht ganz energisch zu Leibe? Warum geht man in den Vereinsverhandlungen (siehe „Zeitschrift“ Nr. 36, Bremen) bei dem Punkte „Schmutzkonkurrenz“ zur Tagesordnung über? Warum wird in den Versammlungen der Prinzipale von zwei Dritteln der Anwesenden (Beisitzerzahl 30) erklärt, wir rechnen nicht nach Tarif — und diese Erklärung gutgeheißen bzw. nichts dagegen unternehmen? Warum sucht man denn mit allen Mitteln beherrschbare Arbeiter zu bekommen, die doch nur mit 600 bis 800 Proz. Aufschlag bezahlt und trotzdem als Arbeiter angesehen werden, wo etwas daran verdient wird? Dies kann doch unmöglich ein gesunder Zustand sein. Entweder — oder! Die Antwort mögen die Beteiligten selber geben, ist ja ihre ureigene Sache.

Ein kleines Beispiel zur Kulturierung: Im Frühjahr 1919 kaufte ein Geschäftsmann in einer Großstadt eine Druckerei mit zwei Säulen, einer großen Siegeldruck-

und zwei kleinen Siegelpressen für 30000 Mk. (verhältnismäßig preiswert), engagierte entsprechendes Personal (acht Gehilfen und Hilfspersonal), bezahlte über Tarif, berechnete alle Arbeiten 250 Proz. niedriger als Preistarif. Arbeit kam daher genügend heran. Die Maschinen liefen ständig und laufen heute noch. Das Ergebnis ist, er hat keine Kausalkuld abgetragen und außerdem nach Abzug seiner Ausgaben für Haushalt usw. noch 20000 Mk. Reinerwerb, insgesamt 50000 Mk.

Der große Umlatz brachte also bei sozulagen bescheidenem Gewinn immerhin noch annehmbaren Nutzen. Hätte der betreffende Geschäftsmann genau nach Preistarif berechnet, hätte er wegen Arbeitsmangels verkaufen können. Oder lind Sie anderer Meinung, Herr „Zeitschrift“-Arbeiter?

Vor einiger Zeit ging durch die Tagespresse nachstehende Notiz, die so ziemlich genau daselbe sagt und mir in meiner Forderung nach Preisabbau recht gibt:

Vor einiger Zeit waren auch von der Straßenbahngesellschaft in Kiel die Fahrpreise erhöht, die Folge war ein erheblicher Verkehrsrückgang, den man wieder durch Entlassung von Angestellten ausgleichen wollte. Der Transportarbeiterverband setzte sich daraufhin mit der Stadt in Verbindung, und beide drängten auf eine Herabsetzung der Fahrpreise, die schließlich auch dadurch erreicht wurde, daß die Stadt für einen Probemonat die Garantie für einen etwaigen Verlust übernahm. Andererseits sollte ihr aber die Hälfte des Überschusses zugute kommen. Und das Resultat: Nach Ablauf des Probemonats hatte die Stadt eine Einnahme von 27221,83 Mk.; das war die Hälfte der Mehreinnahme, die infolge der Herabsetzung der Fahrpreise erzielt war. Die weitere Folge war, daß die Entlassungen unterblieben und dem Personal eine Lohnerhöhung gewährt werden konnte.

Also genau derselbe Vorgang: Abbau der Preise — Folge: größerer Umlatz und trotzdem größerer Gewinn.

Sollte es wirklich nicht möglich sein, auch in unserm Gewerbe durch Herabsetzung der Verkaufspreise die Produktion zu fördern und wieder alle die Arbeiten heranzuholen, die der Druckerei harren? Will man denn wirklich nicht sehen, daß Großfirmen und Behörden dazu übergehen, alle möglichen Vertriebsmittelmaschinen, Steindruckpressen, Siegeldruckpressen und neuartige Apparate aufzustellen, und daß dadurch die Fabrikation solcher Vertriebsmittelmaschinen noch mehr gefördert wird zum Schaden des Gewerbes? Mir erscheinen diese Vorgänge sehr wichtig. Man darf daran nicht mit verbundenen Augen vorübergehen. Hier heißt es gemeinsam den Weg finden, der gangbar ist und zum Ziele führt. Wird doch selbst in der „Zeitschrift“ Nr. 36 im Artikel „Ein dunkler Punkt“ unter Absatz 4 gesagt:

Immerhin müssen uns aber diese und andre Vorgänge zum Nachdenken über die Möglichkeit einer Vergütung der Herstellungskosten unserer Erzeugnisse veranlassen, da hieron voraussichtlich eine Belebung des dankerwartenden Geschäftes zu erwarten ist. Man sieht also, daß die Gegenläufe wirklich nicht so groß sind, die die Parteien trennen.

Selbstverständlich kann von einem Abbau der Löhne bei den derzeitigen Verhältnissen, wie es der Herr Druckereibesitzer aus der „Provins“ in Nr. 38 der „Zeitschrift“ im Artikel „Herabsetzung der Druckmaschinenpreise“ als Ende resultierung keines Artikels fordert, keine Rede sein. Die Lebensmittel und wichtigsten Bedarfsartikel steigen ja schon wieder mehr oder weniger scharf. In der Hauptsache beständig er meine Folgerungen in ausführlicher Weise. Ich bin ganz seiner Ansicht, daß man den Wucher und die Profitgier bei den Materiallieferanten im Gewerbe ganz energisch bekämpft. Wir Gehilfen würden ihm Hilfe dabei leisten, wo es nur möglich ist. Aber bitte, nur nicht von „hohen Löhnen“ reden! Oder wissen Sie nicht, wie ein Buchdruckerheute lebt, wenn man das noch leben nennen soll? Nein, die Löhne und Einkommen der großen Masse der Verbraucher sind zu niedrig, daher sinkt die Kaufkraft. Es kann nur eins geben: Entweder die Kaufkraft des Konsumenten wird erhöht oder die Preise werden abgebaut, was wirtschaftlich das richtigere ist.

Zur Verabfolgung sei dem Herrn „Provinzialer“ noch mitgeteilt, daß ich nicht am grünen Tische sitze, wohl aber praktisch und rationell zu arbeiten versuche und den Preistarif mit all seinen Vorzügen und Schwächen genau kenne; ferner auch die Preise kenne, die berechnet, verlangt und bezahlt werden.

Zum Schluß die Forderung, als wichtigsten Tagesordnungspunkt zur Tarifberatung nicht vergessen: Abbau der Preise bei uns im Gewerbe wie auch bei unsern Lieferanten. Vielleicht besaß sich die außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins am 27. September ebenfalls mit dieser so wichtigen Frage.

Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Denkt dabei auch an das Glend der Arbeitslosen und der noch größeren Zahl von Verkürzungsarbeitenden! Kalkulator.

Kalt! — Nicht weiter!

(Ein Mahnwort an Seher und Drucker)

Durch Arbeitsmangel oft zu unfretwilliger nicht gewohnter Mühe verurteilt, lese ich jetzt alles, was mir unter die Hände kommt und finde, daß die Seherregeln jetzt viel weniger beachtet werden.

In einem Büchlein, das mein Jüngster aus der Schulbibliothek nach Hause brachte — leider habe ich den Titel vergessen, der Verleger heißt Jansen in Hamburg, gedruckt ist es bei Spaner in Leipzig — fand ich ein „Surenkinder“. Off stand nur ein Wort in der ersten Seite der

Kolumne! Das Werk war in Maschinenfabrik ausgeführt. Vermutlich war dieser Verstoß auf Wunsch des Verlegers geschehen, der ein Ein- oder Ausbringen von Zeilen zu kostspielig fand.

Über recht abschreckende, leicht zu vermeidende Silbentrennungen ärgerte ich mich in dem Roman von Wilhelm Fikler: „Der Traum von Golde“. Druck von Mänicke & Jahn in Rudolfsdorf. Hier eine kleine Blütenlese: einen (S. 2), wuh-le (22), lenh-te (24), Zie-le (27), erho-ben (35), Ober-t-dischen (35), Stra-be (39), Ar-me (85), konn-te, Schwel-e, ländlich-er, lieb-te, Gesprä-che, stum-me, Ein-ne, See-le und so fort bis zur letzten Seite. Meer-sch-af stand neben Schar; De-brain war so abgeleift; De-brain (S. 116).

In dem Büchlein: „Der schwarze Diamant“, von Fr. Billar, Verlag von Robert Lub in Stuttgart, fand ich gar fleißig „Surenkinder“. Auf S. 42 stand nur ein Wort (führen) als Ausgung. Leider kann ich die Druckerei nicht nennen, da die letzte Seite des Umlatzes mit der Druckfirma abgerissen war.

Ohne Druckfirma hat Friedrich Rothbarth in Leipzig einen Roman von Ann von Banhus herausgegeben lassen, „Johannispuk“ benannt, wo ich auf S. 36 ein „Surenkinder“ entdeckte.

Der Faktor Herre, unter dem ich vor 30 Jahren in der Stuttgarter Union arbeitete, konnte außer sich geraten, wenn er Zellungen wie Ei-welch fand. Was würde er sagen, läße er in 250. Band der „Romanperlen“ (Verlagshaus für Volksliteratur und Kunst, G. m. b. H., Berlin SW 61, Rotationsdruck von Müller & Borell, Berlin SW) auf S. 32 einen und einen getrennt? Auch Neu-fern, Un-fernehmung würden ihm mißfallen. Recht ungeschön wirkt die Abkürzung R. P. 250 auf jeder Seite des Buches links unten, die noch dazu aus der Zeitschrift geleht ist. (Sieht aus wie eine Norm auf jeder Seite!)

Im Roman „Glückliche Menschen“, von Paul Blis, Stern-Bücher-Verlag (so, ohne Divise), Koch & Co., Leipzig, Druck von Gustav Bris & Co., ebenda, finde ich beim flüchtigen Lesen folgende Druckfehler: Wir war (S. 17), vefrauen (22), Pöhdamer Stangenbier (42), ferner auf S. 134 denn noch abgeleift. S. 84 und 85, ferner 88 und 89 halten kein Register. Das Papier der drei letzten Bücher ist unter aller Kanone.

Von den mir zu Gesicht gekommenen unterschiedlichen Druckarbeiten von Vogel & Vogel in Leipzig mißfallen mir durchgehend Druck und Papier. Zeichen der Zeit!

Der angelegenen Firma Philipp Reclam Jun. will ich hier als letzter gedenken. Sie muß aufmerkamer Korrektur lesen lassen. Nur einige Fehler aus der Universitätsbibliothek Nr. 3505 (Karl Pauli: „Theaterhumoresken“) seien aufgezählt: Charakterrollen (S. 3); Hohem (S. 40, statt Hohenheim); ein Glück, das abends keine Vorstellung war (S. 69); das wahr man gewöhnt (S. 71); ... das Melchthal aus einer jüdischen Familie stammt (S. 75); verkrähtes Vieh (S. 78). Genug für diesmal!

Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, Sehern und Korrektoren das Gewissen zu schärfen und die guten alten Regeln unser Vorbildern wieder zu Ehren zu bringen. So, wie jetzt vielfach dagegen gesündigt wird, kann es nicht weitergehen.

Leipzig.

O. V.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

-y-, Alt-Neudorf. In der Mitgliedschaftsversammlung am 4. September, in der außer der Erstattung verschiedener Berichte u. a. die Lebensverhältnisse in einer immer sehr ihre „Tariffrage“ bebundenen Offizin unter die Lupe genommen wurden, außerdem die Gründung einer Lehrlingsabteilung in die Wege geleitet wurde, wurde der Beschluß gefaßt, den hier durchtreibenden Kollegen die „Walse“ durch Vergütung eines Nachtarbeiters zu erleichtern. An unsern beiden Orten ist die gewerbliche Lage eine sehr schlechte. Während in einer Druckerei seit geraumer Zeit sehr stark ausgeleht wird, sind zwei Arbeitslose am Ort und mußten vier Kollegen einen andern Beruf ergreifen. Das Los der aussehenden Kollegen ist direkt schlecht zu einer Zeit, in der bei dem vollen fortlaufenden Verdienst nur mit Defizit zu leben ist. Hier muß die kommende Tarifrenewierung unbedingt Besserung bringen.

Berlin. Am 1. Oktober begeht Kollege Ernst Bode, am 26. Juli 1856 in Beeshow geboren, sein 50jähriges Berufs-jubiläum. Nach einer fünfjährigen Lehrzeit bei C. F. Reich in Beeshow trat er sofort dem Verbands bei und ist noch heute ununterbrochen ein leuchtendes Beispiel treuer Pflichterfüllung gegenüber der Organisation. Auf seiner Wanderbahn konditionierte er in Berlin, Sondershausen, Waltershausen, Eberswalde (Mitbegründer des dortigen Ortsvereins), Rankwitz und Altenburg, um dann wieder nach Berlin zurückzukehren. Seit 24 Jahren ist Kollege Bode bei der Firma Kempel & Co. beschäftigt. Die offizielle Ehrung des Jubilars begeht das gesamte Personal am Sonntag, dem 10. Oktober, vormittags 9^u, Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 1, Ecke Köpenicker Straße.

Berlin. Am 1. bzw. 3. Oktober feiern die Seherkollegen Albert Walkner und Wilhelm Reinold ihre 50jährigen Berufsjubiläen, die durch einen gemeinamen Festakt am Sonnabend, 2. Oktober, vormittags 9 Uhr, in den Seherräumen der Buchdruckerei S. S. Hermann, Berlin SW., Beuthstraße 3, begangen werden. Die beiden genannten Kollegen sind bei der Firma S. S. Hermann 40 bzw. 38 Jahre beschäfti-

Kollege Walthar wirkt seit dieser Zeit hier mit einer kurzen Unterbrechung als Seher, während Kollege Reinold schon seit langen Jahren die Stelle eines Obersehers (Faktors) bekleidet. Wir wünschen den beiden Kollegen, daß sie sich noch viele Jahre einer körperlichen und geistigen Rüstigkeit erfreuen mögen, als Zeugen und Mitkämpfer einer reichbewegten und stürmerprobten Buchdruckervergangenheit!

Erlangen. Am 29. August fanden sich in Forchheim 20 Kollegen aus Erlangen und unsere 10 Mitglieder von Forchheim ein, um die Neugründung des vom Gauauf in Regensburg beschlossenen Bezirksvereins zu vollziehen. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden der Erlanger Mitgliedschaft, Kollegen Max Döres, über den Wert und Nutzen eines engeren kollegialen Zusammenschlusses gerade in unserm Bezirk und Befürwortung aus der Veranlassung wurde die Gründung einstimmig beschlossen. Besonders die kleine, aber sehr rührige Forchheimer Mitgliedschaft vertritt sich, dadurch mehr zur Geltung zu kommen. Die Vorstandsschaff bildet die des Vororts. Am 5. September wird ein Beitrag von 20 Mk. erhoben. Dieser soll insbesondere zu Fahrgeldzuschüssen im Interesse eines besseren Versammlungsbesuchs Verwendung finden. Die organisatorischen Verhältnisse im Bezirke sind zufriedenstellend, nur herrscht in Erlangen andauernd starker Arbeitsmangel. Allgemein wurde behauptet, daß Obermannstadt und Höchstadt a. d. N. nicht vertreten waren. Hoffentlich sehen auch die dortigen Kollegen bald ein, daß es nun auch in Bayern mit der Einzelmitgliederschaft vorbei ist und nur ein streifer Bezirksverein fruchtbringend wirken kann. Dem zur Tarifberatung eingereichten Antrage betreffend Verbot des Einstellens von Lehrlingen auf vier Jahre wurde zugestimmt. Zugleich mit Anschluß an unsern Bezirksverein wurde die Gründung eines Lehrlingsbezirksvereins beschlossen. — Nachmittags vereinigte sich noch eine kleine Gemeinde auf einem der Keller, um beim „Luffenheimer Völkchen“ zu zeigen, daß sie auch in dieser Beziehung noch auf der Höhe der Zeit steht. Die feuchtlächliche Stimmung erbrachte dafür den vollen Befähigungsnachweis.

Bera. Das Vereinsleben bewegte sich in den letzten Monaten bei uns in ruhigen Bahnen. Anlaß zur Sorge gibt die immer noch bestehende Steuerung, und von einem Preisabbau ist so gut wie nichts zu bemerken. Deshalb nahm die letzte Versammlung Stellung zur Tarifbindung und Tarifausschubföhrung. Eingangs dieser teilte der Vorsitzende mit, daß Kollege Schmutzer (Ronneburg) sein 25jähriges Jubiläum begehen konnte. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, gab der Vorsitzende das Ergebnis der tariflichen Erkursion in den Bezirksorten Schleis, Lobenstein, Sirschberg und Triplis durch Gauvorsteher Prox bekannt. Der Bericht zeigte es, was für schlechte Verhältnisse noch in den Orten herrschen. Da die Kollegen in den Orten nicht organisiert sind, erhalten diese meist 20—60 Mk. unter Tarif. Da es dem Gauvorsteher Prox nicht möglich war, die Bezirksorte Bera und Münchenbernsdorf zu besuchen, so besuchte der Vorsitzende diese beiden Orte. In Münchenbernsdorf ist noch eine Seherin beschäftigt, die 45 Mk. Wochenlohn erhält, trotzdem dort ein arbeitsloser Kollege vorhanden ist. In Bera erhält ein junger Gehilfe Lage und schreibt 35 Mk. Wochenlohn und in beiden Orten wird noch neun Stunden gearbeitet. Nach längerem Verhandeln haben sich die Prinzipale bereit erklärt, tarifliche Zustände einzuföhren. Nach der Aufstellung der Kandidaten zum Bezirkslehrlingsausschusse nahm die Versammlung mit Entrüstung davon Kenntnis, daß der Zutritt zum Tarifausschusse erst für Oktober in Aussicht steht.

Leipzig. Am 3. September tagte im „Volksbause“ die zweite vom Gauvorstand einberufene Handföhlerversammlung. Bereits im April wurde eine sieben-gliedrige Kommission eingesetzt und beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Gehilfenvertreter den Berechnerkart ausarbeiten und die Gründung einer Handföhlerpartie vorzubereiten. Dieser Aufgabe hatte sich die Kommission unterzogen. Der Obmann brachte die Abänderungsvorschläge zur Verlesung, die in der Diskussion noch um wenige Punkte ergänzt wurden. Einige Redner befürworteten die Gründung einer Handföhlerpartie, da es den Handföhler bei keiner Tarifrevision möglich gewesen sei, zu ihren Spezialanträgen Stellung nehmen zu können. Von anderer Seite wurde vor dieser Gründung gewarnt. Die bestehende Kommission genüge vollständig, um bei wichtigen Anlässen die Handföhler zusammenzurufen. Gegen wenige Stimmen wurde die bestehende Kommission wieder-gewählt.

Rundschau

Offene Stelle für Kriegsbeschädigten. Schwerkriegsbeschädigter zuverlässiger Korrektor, ledig (wegen Wohnungsmangels), nach Rostock gesucht. Bewerbungen sind an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zu richten.

Heimlose Buchdrucker. An das Tarifamt richten heimlose Buchdrucker aller Sparten dauernd die dringende Bitte, untergebracht zu werden. Das Tarifamt bittet wiederholt, auf diese Heimlosen Rücksicht zu nehmen und ihnen Arbeitsplätze einzuräumen.

Freies Nachtlager für durchreisende Kollegen. Der Ortsverein Frankfurt a. d. D. gibt Nachtschlafkarten an durchreisende Kollegen aus. Diese berechtigen für Nachtquartier, Abendsuppe und Morgenkaffee in der „Serberge zur Weimal“. Die Karten sind erhältlich beim Kollegen

Blidebrandt im „Gewerkschaftsbause“. — Der Ortsverein Mühlhausen i. Th. gibt Schlafmarken für durchreisende Kollegen aus, die zu freiem Nachtlager mit Morgenkaffee bei Seydel, St. Jakob, berechtigen. Ausgabe erfolgt durch den Kassierer Schilling (Buchdruckerei Fischer). — In Naumburg a. d. S. erfolgt die Ausgabe von Schlafmarken an durchreisende Kollegen nachmittags von 4 bis 5 Uhr durch Kollegen Otto Seckmann, Peter-Baufstraße 14. — Die Mitgliedschaft Alt- und Neustädter verabsolgt durch ihren Vertrauensmann (Firma Gebrüder Geiselberger in Albstadt) oder in der Altbayerischen Verlagsanstalt in Neustädt oder nach 6 Uhr abends in der Wohnung des Kassierers Gullische für ein Nachtquartier an durchreisende Kollegen. Quartierlokal ist das Galtbause „Zu den zwölf Aposteln“ in Albstadt. — In Bielefeld wird für eine Nacht Frei-quartier und Morgenkaffee gewährt, desgleichen in Kassel.

Untersuchungsstellen für bleikranke Buchdrucker. Vom Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. werden wir gebeten, von neuem das Interesse unrer als bleikrank oder bleiverdächtig befundenen Kollegen auf die in verschiedenen Städten eingerichteten speziellen Untersuchungsstellen hinzulenken. Das Institut für Gewerbehygiene hat die im Jahre 1914 begonnenen Untersuchungen bzw. Feststellungen über die Bleikrankheit im Buchdruckergewerbe nach der durch den Krieg verursachten Unterbrechung seit 1. Juli 1919 wieder aufgenommen. Es wird erstrebt, daß alle vom Kassensarste für bleikrank oder bleiverdächtig erklärten Angehörigen des Buchdruckergewerbes die geschaffenen Untersuchungsstellen aufsuchen, damit deren Zweck, zuverlässige Feststellungen über die Verbreitung der Bleikrankungen der Buchdrucker zu erhalten, möglichst vollständig erreicht wird. Wie notwendig derartige Feststellungen sind, erhebt aus der Tatsache, daß der überwiegende Teil der von Kassensärzten ausgeprochenen Bleidiagnosen sich bei der speziellen Nachuntersuchung nicht halten ließ. Die häufig zu beobachtende Schein als bleikrank oder bleiverdächtig befundener Personen vor einer spezialärztlichen Nachuntersuchung ist völlig unberechtigt. Es sind damit weder körperliche Schmerzen noch persönliche Anstehen verknüpft. Untersuchungsstellen für Buchdrucker sind eingerichtet in Berlin (Dr. Werner Schulz, Krankenhaus Westend [Ausnahmeuntersuchungszimmer], Spandauer Berg 15/16, Dr. Kn. Ködler, Städtisches Krankenhaus Moabit, Turmstraße 21, wochentags von 4 bis 5 Uhr); Leipzig (Englisches Institut, Liebigstraße 24, freitags von 10 bis 12 Uhr); Hamburg (Dr. L. Schwarz, Englisches Institut, Jungiusstraße 1, wochentags von 10 bis 11 Uhr); Stuttgart (Dr. K. Kraus, Chemisches Laboratorium der Stuttgarter Strahlenkassette, Robertstraße 19 IV, wochentags von 8 bis 1 Uhr, außer Mittwochs und Sonnabends); Frankfurt a. M. (Dr. Marx, Eichersheimer Landstraße 39 part., freitags um 3 Uhr).

Neue Zeitungsverbote. Die Rheinlandskommission hat die „Frankfurter Zeitung“ und das „Frankfurter Mittagsblatt“ bis zum 18. Oktober für die-befehlenen rheinischen Gebiete verboten.

Angestaltung des „Reichsarbeitsblatts“. Wir wiesen gelegentlich bereits darauf hin, daß das bisher vom Statistischen Reichsamt herausgegebene „Reichsarbeitsblatt“ vom Oktober dieses Jahres ab als Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsamts für Arbeitsvermittlung in völlig neuer Gestalt unter Berücksichtigung der Wünsche der gesetzgebenden Körperschaften erscheinen wird. Es wird, wie der „Zeitungsvorlag“ mitzuteilen in der Lage ist, künftig in einen amtlichen und nichtamtlichen Teil mit mehreren Anhängen zerfallen, und es ist so eingerichtet, daß beide Teile getrennt gesammelt werden können. Der amtliche Teil soll eine übersichtliche und zuverlässige Sammlung der neueren sozialpolitischen Gesetzgebung im Reiche werden. Es sollen insbesondere alle sozialpolitischen Gesetze und Verordnungen, Ausführungsanweisungen, grundlegende Erlasse und Entschreibungen, Schiedssprüche und Tarifverträge von allgemeiner Bedeutung darin zum Ausdruck kommen. Der nichtamtliche Teil wird insbesondere die Absichten des Reichsarbeitsministeriums auf den Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung bekanntgeben und die Wirkungen der ergangenen Maßnahmen erläutern. Durch besondere Aufsätze, statistische Übersichten und gezielte Darstellungen sollen im nichtamtlichen Teile die Leser über Tatsachen unterrichtet werden, die zur Beurteilung unrer Sozialpolitik und unres Wirtschaftslebens unentbehrlich sind.

Die „nolleitenden“ Industriefellen. Erst im April dieses Jahres konnten wir berichten, daß die Firma Typograph, G. m. b. H., 36 Proz. Dividende an die Aktionäre, abgesehen von sonstigen reifigen Zuwendungen an Aufsichtsratsmitglieder — 60000 Mk. bis 2000 Mk. herunter bei den Prokuristen —, zur Ausschüttung gebracht hatte. Bis heute hat nun das Konto Kursgewinne es bereits wieder auf 1500000 Mk. gebracht, die zwischen-durch zur Verteilung gelangen werden, wahrscheinlich, um es dem rührigen Betriebstrate zu ersparen, wegen der Bilanz vorstellig werden zu müssen. Hier ist Geld, wo bleibt der Staat mit seinem Steuerzugriff, den er so aufreizend erfolgreich bei Arbeitern und Angestellten befragt? Die Sache hat aber noch eine andre Seite. Diese Valutagewinne konnten nur gemacht werden auf Kosten der deutschen Behälter von Typographmaschinen, die auf Matrizen und Ersatzteile warten müssen, bis der letzte Ausläufer mit kräftiger Valuta verforst ist. Daß das Gewerbe im Inlande Schäden erleidet, hämmert die parlamentarischen Aufhörer auf Kosten der Volksgesamtheit nicht, ebensowenig wie die Not der eignen Angestellten, denen man jetzt sogar den früher üblichen Vorstoß aufs Gehalt nach dem 15. des Monats verweigert. Diese Zustände schreien zum Himmel und es wird Zeit, daß die Sozial-

förderung bei derartigen Unternehmen einleitet oder daß man sich den größeren Gemeinfinn der Unternehmer in Italien zum Vorbilde nimmt.

Riefengewinne im Papiergewerbe. Nach der un-künftig bekanntgewordenen Gewinnverteilung von 40 Proz. und 20 Proz. Sondervergütung der Ammendorfer Papierfabrik kann von einem gleichen Riefengewinne der Aktien-gesellschaft für Papierfabrikation Segge in Segge bei Kempten berichtet werden. Bei einem erst im Februar d. J. um 950000 Mk. erhöhten Aktienkapital von 1750000 Mk. wurde ein Reingewinn von 227977 Mk., gegen 1101199 Mark i. V. (bei 800000 Mk. Aktienkapital), erzielt. Der Gewinnanteil beträgt zwar „nur“ 20 (18) Proz., doch werden noch 1680000 Mk. zu Rückstellungen und Zuwendungen verwendet. Die beantragte weitere Kapitalserhöhung um 1300000 Mk., die 9:4 zu 100 vorgenommen werden soll, dient lediglich zur Verwässerung. Aber diese beiden Abschlüsse zeigen doch gar zu deutlich, daß die riesenhafte Verleuerung des Zeitungspapiers in der Hauptsache nur Gewinnabsichten entspringt. Auch die Patentpapierfabrik zu Penig weist eine Verdoppelung des Reingewinns auf, der von 982947 Mk. i. V. auf jetzt 2080497 Mark angewachsen ist. Verteilt werden daraus 20 (22) Proz. Anteil und 5 (0) Proz. Sondervergütung. Das Kapital soll um 1,5 auf 6 Mill. Mk. erhöht werden. Der Generalversammlung der Winterlichen Papierfabriken in Buxtehude wird, dem „Zeitungsvorlag“ zufolge, eine Dividende von 10 Proz. auf die alten Aktien und von 5 Proz. auf die neuen Aktien vorgeschlagen werden. Außerdem werden die „nolleitenden“ Aktionäre noch besondere Zuwendungen in etwas anderer Form erhalten. Es soll nämlich ein Bonus aus freigewordenen Reserven in Form von Kriega-nleihen zur Verteilung gelangen, dergestalt, daß auf je 300 Mk. 25 Mk., auf 1500 Mk. 125 Mk. in Kriega-nleihen entfallen und auf die neuen Aktien auf je 1000 Mk. 40 Mk. (Im Vorjahre wurden 6 Proz. Dividende verteilt.)

Zum Abbau der Lebensmittelpreise. Im Laufe des Sommers hatten sich an verschiedenen Orten, namentlich Mittel- und Süddeutschlands, Lebensmittelkontrollkommissionen gebildet, durch deren fakträchtiges Eingreifen nicht nur eine wesentliche Herabsetzung der Lebensmittelpreise, namentlich auf den Wochenmärkten, erzielt, sondern auch verhindert wurde, daß es zu Lebensmittelkrawallen und Schlimmeren kam. Naturgemäß aber konnte das Wirken dieser Kommissionen immer nur vorübergehenden Erfolg haben, wenn es nicht gelang, diese Einrichtungen weiterhin auszubehalten. Es wurde deshalb von verschiedenen Stellen beim Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angeregt, die maßgebenden Reichsbehörden zu veranlassen, Maßnahmen zu treffen, die eine Unterbindung der Tätigkeit der Lebensmittelkontrollkommissionen durch Abschlebung der Lebensmittel nach andern, nicht kontrollierten Orten verhindern. Auf die diesbezügliche Eingabe des Gewerkschaftsbundes an das Reichswirtschaftsministerium hat dieses nunmehr den nachstehenden Bescheid erteilt: „Wir stimmen den Ausführungen des Schreibens vom 20. Juli 1920 dahin zu, daß die Lebensmittelkontrollkommissionen, die sich an manchen Orten Deutschlands gebildet haben, mit dazu beigetragen haben, den Ausbrüchen von Lebensmittelunruhen in der bestmöglichen Weise vorzubeugen. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß die Preisprüfung auf dem Lebensmittelgebiete den Preisprüfungsstellen obliegt und daß durch wirksames Zutreten dieser Stellen in Verbindung mit den Wucherbehörden an vielen Orten die Lebensmittelpreise insbesondere in Obst und Gemüse so weit gesenkt werden konnten, daß eine Selbsthilfe der Bevölkerung und in deren weiterer Folge Lebensmittelunruhen vermieden wurden. Wir würden es deshalb begrüßen, wenn die Lebensmittelkontrollkommissionen dem dazu geleglich berufenen Preisprüfungsstellen ihre Mitarbeit zur Verfügung stellen und wenn eine dahingehende Anregung von dort aus gegeben würde. Ohne ein Aufgehen der Lebensmittelkontrollkommission in den Preisprüfungsstellen besteht die Gefahr des Neben- und Gegeneinanderarbeitens der beiden Organisationen, wodurch der Sache nur geschadet werden kann. Die Preisprüfungsstellen sind durch ein Schreiben vom 21. Mai 1920 darauf hingewiesen worden, daß wir auf die Heranziehung geeigneter Verbrauchervertreter zu den Preisprüfungsstellen den größten Wert legen. Wir würden es für zweckmäßig halten, wenn auch dortseits auf die Gewerkschaften ein Einfluß dahin ausgeübt würde, daß sie bei der Auswahl der Mitglieder der Preisprüfungsstellen nicht ver-sagen, sondern besonders tüchtige Vertreter hierfür in Vorschlag bringen. Wir zweifeln nicht daran, daß diejenigen Vertreter der Gewerkschaften, die sich schon in den Lebensmittelkontrollkommissionen bewährt haben, auch in den Preisprüfungsstellen eine wirksame Tätigkeit entfalten werden. Mit Rücksicht auf den erforderlich gewordenen weiteren Abbau der Zwangswirtschaft sind die mit der Preisprüfung beauftragten Behörden in nächster Zeit zu vermehrter Tätigkeit gezwungen. Es erscheint deshalb eine baldige Verständigung unter den Erzeugern und Verbrauchern innerhalb der Preisprüfungsstellen unter Teilnahme von Gewerkschaftsvertretern ganz besonders wichtig.“

Briefkasten

S. G. in D.: Mit einigen Abänderungen und Änderungen dem nächst zu lesen. **H. G. in H.:** Vorherhand beien Dank. Nach Rücksprache mit B. eventuell weiteres. — **B. in B.:** Ihre Behauptungen werden aus Maßnahmenverleuren in stark bestritten werden. Mennen Sie sich das Mehrbedienen voll-gültige Beweise er-bringen? Wir müssen überhaupt einen Mittel-föhler-ausweis verlangen von Ihnen. Sollten Sie es vom Engländer gar zu weit haben, dann erlösen Sie Ihren Betrachter oder Prudenz-ver-trauensmann um eine solche Bekräftigung. **T. G. in B.:** Wollen Dank! — **S. G. in G.:** Stellen mit welcher Vorwort auf diese Sache heranzugehen, es gibt die Wegschleier, die in ihrem Linn wohl be-

abachtet werden müssen. — **A. W. in D.:** Nichts zu beklagen. Stellen sind nicht ergraben, da aus kollektivem Interesse Mitwirkung erfolgte. — **A. W. in S.:** Stellen schon damit gerechnet, daß nun auch die andre Sparte kommt und über ihren Absatzweg etwas loslassen will. Wenn einmal Eperanto und einmal Jdo aufgetaucht ist, wird aber Schluss gemacht. — **S. T. in L.:** Haben uns amüsiert, daß Sie vor einiger „Belegelmuß“ solches Empfinden der Unmöglichkeit bezeugen. **S. T. in W.:** Haben wir den Gegenpartner wird aber nun ein energieloses Spiel zugehen. Die Folge für beide Teile kann sein, daß wir eine solche Diskussion nicht mehr zulassen. Man muß doch ein Ende finden, sonst werden sich die Kollegen, die mit Ihren Sachen nicht zu Worte kommen, das erzwingen. — **D. B. in W.:** Findet Aufnahme.

Wahlergebnisse zum Betriebsrätekonveg

Ca. Bayern. Von 288 abgegebenen Stimmen entfielen 174 auf den Kollegen Hans Bruder (München), 114 auf den Kollegen Franz Brandmüller (Nürnberg). Ersterer ist somit gewählt. Nach dem 20. September eingegangene Stimmenzettel konnten nicht mehr bewertet werden.
Breslau. Wahlbezirk Schleien, Obergau, Oßpreußen. Von 341 gültigen Stimmen erhielt der Geher Alfred Hanuschek (Breslau) 191, Cullau Reinke (Elteln) 145, Rich. Waffel (Königsberg) 5 Stimmen. Gewählt ist daher Alfred Hanuschek (Breslau).
Leipzig. Eingegangen 242 Stimmentel, davon 18 ungültig. Es erhielten Stimmen die Kollegen: F. Sillger 127, S. Schilde 62, H. Scheffer 30. F. Sillger ist somit gewählt.

Äbrensveränderungen

Silben-Vertrags. Vorsitzender: Andreas Molz, Schulstraße 7.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigestellte Adresse):
Im Gau Leipzig 1. der Geher Karl Meinhold, geb. in Leipzig 1894, ausgl. dal. 1913; 2. der Schweizerdegen Kurt Sillinger, geb. in Leipzig-Comnewitz 1902, ausgl. in Leipzig 1920; waren noch nicht Mitglie.; 3. der Geher Kurt Sträher, geb. in Liebertsdorf 1898, ausgl. in Leipzig 1916; war schon Mitglie. — **M. Stirn** in Leipzig, Brüderstraße 9.
Im Gau Nordwest der Schweizerdegen Bruno Gaspers, geb. in Krampt 1897, ausgl. dal. 1915; war schon Mitglie. — **Franz Fischer** in Bremen, Dorfstraße 26 I.

Im Gau Ober die Geher 1. Richard Böncke, geb. in Stolberg 1897, ausgl. dal. 1915; 2. August Mah, geb. in Bergen bei Hopperswerda 1887, ausgl. in Hopperswerda 1906; 3. Paul Wenzel, geb. in Stolp I. P. 1882, ausgl. dal. 1900; 4. Georg Kaiser, geb. in Neu-Hardenberg (Syr. Zebus) 1888, ausgl. in Edwölz 1916; 5. Hermann Klärliem, geb. in Wölz 1890, ausgl. dal. 1908; 6. Max Milkenitz, geb. in Guben 1885, ausgl. dal. 1914; 7. Max Rühle, geb. in Hohenleide 1900, ausgl. in Münchenberg 1918; 8. Arno Hartmann, geb. in Naumburg b. Naumburg (Syr.) 1888, ausgl. in Naumburg (Syr.) 1907; die Schweizerdegen 9. Ulrich Jacob, geb. in Mittelitz 1900, ausgl. in Klosterlausitz 1918; 10. Oskar Ziele, geb. in Elstertal 1865, ausgl. dal. 1884; 11. Rud. Göbel, geb. in Warthenstein 1872, ausgl. in Elstertal 1891; 12. Rud. Haupt, geb. in Gersdorf b. Jann. 1884, ausgl. in Kirchdorf 1904; 13. Heinrich Engelke, geb. in Bärwalde (M.-M.) 1897, ausgl. dal. 1915; 14. Ernst Krause, geb. in Blamhense bei Berlin 1897, ausgl. in Berlin 1914; 15. Hugo Sabow, geb. in Pilsene 1898, ausgl. dal. 1916; die Drucker 16. Alfred Zuchter, geb. in Potsdam 1887, ausgl. dal. 1906; 17. Hans Stoll, geb. in Schwab 1890, ausgl. dal. 1908; 18. der Korrektor Karl Zech, geb. in Woldegg 1889, ausgl. in Neubrandenburg 1907; waren schon Mitglieder. — **P. Hannack** in Elstertal, Turmstraße 10.

Bersammlungskalender

Deffau. Maschinenlehrer-Bezirksversammlung Sonntag, den 26. September, vormittags 10 Uhr, im „Liwol“.
Bresden. Korrektorenversammlung Donnerstag, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Seneleider“, Kaulbachstraße 16.
Frankfurt a. M. Maschinenlehrerverammlung Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Kampffeld“, Mainhat 33.

Verbandsnachrichten

Gau Ahelnland-Wellfassen. (Gauvorsteherwahl.) Für den ersten Gauvorsteherposten wurden 6275 Stimmen abgegeben. Es erhielten die Kollegen: J. Bertram 3443, M. Graal 2137, S. Marschall 676, G. Wöschner 9 und H. Schippers 10 Stimmen. Die absolute Mehrheit betrug 3138; der Erstgenannte ist somit gewählt. Für den zweiten Gauvorsteherposten wurden abgegeben 4703 Stimmen; es erhielten die Kollegen: Bertram 70, Graal 65, Marschall 45, Wöschner 1539 und Schippers 3044 Stimmen. Die absolute Mehrheit betrug hier 2382, der zuletzt aufgeführte Kollege gilt somit als gewählt.

Die Zeitschrift des Stenografenverbandes Stolze-Schrey schrieb: „Ein Vorzug des Systems Scheithauer muß unumwunden anerkannt werden: die leichte Erlernbarkeit! Die ungewöhnliche, geradezu auf der Hand liegende Einfachheit des Systems Scheithauer...“ Ferdinand Schrey (Gründer von Stolze-Schrey) urteilt („Neuwacht“ 2/19): „Wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß es nicht so sehr leicht ist, unser System Stolze-Schrey richtig zu schreiben. Ich erhalte täglich viele Dutzende von Zuschriften in unserem System, zum großen Teil von Gebildeten, fehlerfrei sind wenige darunter!... Vom System Scheithauer sagt Herr Schrey („Neuwacht“ 1/19), daß es — „doch nicht nur als Durchschnitt, sondern auch als Höchstleistungen mindestens das gleiche leistet wie das System Oabelsberger!...“ — Darum verlangt Ferdinand Schrey ausdrücklich, daß die Stenografie Stolze-Schrey vereinfacht werde, damit sie künftig so einfach sei, wie jetzt das System Scheithauer ist. — Selbstlehrbuch der Stenografie Scheithauer 2, 10 Mk. Die Stenografie Scheithauer besteht aus 42 Zeichen, mit denen ausnahmslos jeder gesprochene Laut der Sprache geschrieben wird, nämlich 4mal schneller als in der Gemeinschrift, wie auf der Schreibmaschine: in 2 oder 3 Ausfertigungen auf einmal. Karl Scheithauers Verlag, Postcheck 52 072, Leipzig-Lindenua.

Buchdruckerkalender 1921

Aus vielen Anfragen ist ersichtlich, daß die Anfangs Soptbr. versandten Bestelllisten nicht in allen Druckerorien in Umlauf gesetzt worden sind. Wir bitten, diese Listen bei den Vertrauensleuten u. Betriebsräten anzufordern. Falls solche nicht vorhanden, erfolgt die Zusendung jederzeit durch den Verlag des B.-V. d. D. B. / Leipzig / Salomonstraße Nr. 8

Der Kalender für 1921 wird ein echter Buchdrucker-Almanach!

A-B-C des Arbeiterrechts

Jeder Arbeiter, besonders Mitglieder von Arbeitervereinigungen, Gewerkschaften usw., muß sehr seine Rechte genau kennen und über das Neueste unterrichtet sein. Als Nachschlagewerk für jeden Gewerkschaftsbeamten, Arbeitersekretär, Betriebsrat usw. ist unentbehrlich die **Auskunft-Kartei des Arbeiterrechts**. Abonnementpreis 4,80 Mk. für 16 Karteikarten. Probeheft 4,80 Mk. Verlangen Sie Prospekt von der Verbandsbuchh. A. Engel, München 9.

Brieflicher Kalkulationsunterricht

in Druckfachen wird streng nach Tarif erteilt. Auch werden Druckfachkalkulationen sofort und direkt ausgeführt. [208]

Kalkulationsbureau Valentin Arbogast, Freiburg i. Br., Schwarzwaldstraße 91.

Tabellen-, Wert-, Anzeigenfeger

(„Metteur“, verheiratet, 32 Jahre alt) sucht sofort Stellung. Suchender ist als Berichtsführer erfolgreich tätig gewesen und würde gern in Redaktion eintreten. Ausführliche Angebote erbitet Ernst Masius, Burg b. M., Mühlenstraße 18.

Monolinefeger

der auch als Bandfeger ausbitt, ver sofort oder später gesucht. [204]

„Streitsblatt“, Holzminnen. Wegen Erkrankung zur Vertretung tüchtiger [194]

Binothpesefer

mit längerer Praxis gesucht. Angebote erbitet Elgabau-Buchdruckerei, Bielefeld-Bresden.

Junger Geher

(Schweizerdegen), bewandert im Inkerat- und Linienzopf. Sucht Stellung. Gest. Offerten unter K. P. 205 an die Geschäftsstelle d. M. erbeten. [184]

Karl Neumann, Niederparfah, Mohle Straße 18.

Junger, strebsamer, Koffer Schriftfeger

(hat 19 Jahre alt) sucht sofort Stellung. Gest. Angebote erbitet Joh. Barghaus, Dipe i. W., Bergstraße 31. [178]

Egal wohin! Junger, strebsamer Schriftfeger

der auch als Typograph B bewandert, sucht per sofort Stellung. [170]

Karl Roth, Sackenhelm (Waden), Kalkausstraße.

Bei Arbeitsmarkt sowie kleineren Anzeigen wollen Inserenten den Vorzug erlangen wegen den Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark Viermarken, stet! Stadtinsp. [184] Geschäftsstelle des „Storr.“

Junger, tüchtiger Schriftfeger

eventuell auch Metteur in allen Sorten bewandert (Katalogen, Tabellen und Formulare bedruckt), sucht dauerhafte Stellung, am liebsten nach einer Großstadt Süddeutschlands. Beste Stellung el Jahre. Gest. Angebote erbeten an C. Krefelder, Burg b. M., Thelstraße 29.

Tüchtiger Linotypesefer

gewissenhafter Arbeiter, guter Maschinenkennner, mit Allgemeinbildung, fünf Jahre Praxis, ledig, sucht Dauerstellung. Ausführliche Offerten erbeten an Hugo Bäderte, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstraße 30. [169]

erster Typographfeger

Sachen oder Mitteldeutschland bevorzugt. Wirklich leistungsfähiger, lediger [198]

sucht Stellung. (Groß- oder Mittelstadt.) Etlangebote erbitet P. Kiebel, Jbbendühren (Wellfassen), Große Straße 63 II.

Zwei tüchtige Typographfeger

(Leipziger), alle Modelle, suchen zum 11. Oktober oder früher Stellung. Gleich wohin! 3/4 jährige Praxis. Werke Angebote unter A. H., Neuruppin, Hofe, Bergstraße 9 II. [196]

Schweizerdegen

24 Jahre alt, in allen Sorten bewandert, in noch ungetünndiger Stellung, sucht sich zu verändern. Offerten unter R. S. H. 180 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Monothpesefer

tüchtige Kraft, älterer, gewissenhafter Mann, jede Stellung selbst behebend, jedersehl einen guten Geh. liegend, sucht sich in Leipzig zu verändern. Gest. Offerten unter Nr. 192 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Verheirateten Kollegen

biete gute Vertretung an. Briefl. Anfragen an [165]

M. Friebe!, Leipzig-Stöckerstr., Arnoldstraße 9.

Maschinenband

Friedensqualität, liefern [1663]

Bezier & Moll, Düsseldorf, Graß-Woll-straße 112.

„Das moderne Buch“

III. Band, wie neu, etwa 5 kg schwer, zu verkaufen. Preisangebote erbitet [207]

G. Klede, Mühlstein (Aub.), Saarbr., Klosterkamp 18.

Leitfaden zum Aufbau der Juristik

in allen Richtungen auf Schnellpresse u. Telegel, geb. postfr. 3,20 Mk. **Ratgeber** des Universitäts-Bogenführers auf alle Papierarten, postfr. 2,30 Mk. b. Voreind. M. Rauch, Stuttgart, Hohenzollernstraße 9. Postcheckkonto 156 12. [903]

Einzahlungen an den „Storr.“-Konten für den Deutschlands-Verlag auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 61323

Die Farben und ihre Töne

mit 7 Farbensfeln in vier Tonstufen 5 Mark.

Verlag d. B.-V. d. D. B. / GmbH Leipzig / Salomonstraße 8 III Postcheckkonto 53430.

Keine Preiserhöhung Klafferbibliothek

10 Proz. Abzahlung monatlich

Chamisso 1 Bd., Kellert 1 Bd., Renan 1 Bd., Schiller 3 Bde., Reuter 2 Bde., Goethe 4 Bde., Büchner 2 Bde., Bellung 2 Bde., Mphand 1 Bd., Shakspere 4 Bde., zusammen 23 Bde., eteg. geb. 345 Mk. [202]

Gerner noch lieferbar: Augengrubers Werke, 4 Bde., geb. 60 Mk. Schellers Werke, 3 Bde., geb. 54 Mk. G. S. Otto & So., Berlin-Lichterfelde.

Biete den Kollegen und Betriebsräten an: [203]

Zigareffen von 18 bis 40 Pf. an, garantiert goldener Tabak.
Zigarillos von 30 bis 50 Pf.
Zigarren von 60 bis 120 Pf.
Rauchtabak, 4u.4,50 Mk. pro Paket.
Shagtabak 3,50, 4, 5 Mk.
Zigareffentabak, 8 Mk. Paket.
Mutterhundert verendet M. Duttenberg, Vertrieb für Tabakfabrikate, Pasing-München. Lebensmittel - Preisliste fordern.

Preisermäßigung!

Zigarillos empfehle zu 30, 32, 35, 100 Stück, desgleichen Hamburger Stumpen, vorzögl. Qual., etwa 10cm lang, 42 Mk. pro 100 St. (Etabonpreis 70 Pf.). Gerner **Zigareffen** (reiner Tabak) 16, 18, 20, 22 bis 40 Mk. pro 100 St., nur an Private zu verkaufen; bei 500 Stück franko, vorzüglichem **Rauchtabak** (reiner Marke „Kunstum“ 23 Mk. „Decca“ 25 Mk., „Kunstseife“ 27,50 Mk. pro Pfund. Ab 5 Pfund franko! Viele Anerkennungschriften. Ein Versuch überzeugt!

Tabakverhand Donius,

München, Schwanbaler Straße 63.

Teilzahlung

Photo-Apparate aller Art Photogr. Artikel Kataloge umsonst u. portofrei. [167]

Jonass & Co., Berlin P. 407 Bolle-Allianco-Str. 7-10.

Musikinstrumente

aller Art hervorraffende Güte Max Dörfel, Klingenthal i. S. Preisliste frei.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auswärts durch die Kunstgewerbeschule Barmen. [162]

Stoffen, auch Invaliden und Frauen, zum Zierliche leicht verlässlicher Bedarfsartikel gesucht. Genaue Adresse mit Adressporto (Zahlung auf Postcheckkonto München Nr. 17 485). [1962]

W. Bachhardt, München, Roßstraße 54.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 108. — Leipzig, den 25. September 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Jeder Buchdrucker Leser des „Korr.“

Die Auflage ist zwar über den heillosen Stand von 54.400 vordem noch niemals hinausgegangen, sie muß aber nunmehr beträchtlich höher steigen, denn in der kommenden Zeit wird das Werbendruckgeschäft als schnelle und sicher funktionierende Absatzstelle von allen gebraucht werden. Wie bisher, wird es auch weiter die beste Plattform für sachlichen Meinungsaustausch und gemeinnützige Mitteilungen bilden. Deshalb muß ein jeder Mitarbeiter in der Organisation auch Leser des „Korr.“ sein! Der neue Bezugspreis von 1.50 M. im Vierteljahr, 50 Pf. monatlich, hat schon einmal bei der Gründung des „Korr.“ bestanden, denn 12^{1/2} Ctr. erstmaliges Abonnement waren 1.50 M. nach heutigem Gelde, ebenfalls viel mehr in Anbetracht der jetzigen Geldentwertung. Der beschriebene Anstieg mit wöchentlich nur einmaligem Erscheinen und jetzt dreimaligem mit häufigen Nachfragen und unter außerordentlich verteuerten Herstellungskosten bilden ebenfalls eine Gegenüberstellung, die dazu anporren müßte, daß es Tatsache wird:

Jeder Buchdrucker Abonnent des „Korr.“

Zeitung- und Bücherzensur

II.

In den vorausgehenden Ausführungen haben wir einmal erwähnt, daß auch in unsern Reihen mitunter Dinge vorkommen, die einer Zeitungszensur gleich zu achten und deshalb nicht viel anders zu beurteilen und zu verurteilen sind. Auf der einen Seite haben sie Anspruch auf Zuhilfenahme milderer Umstände, denn der Bewegung entspringt meistens Motiven, die sich noch günstig abheben von dem bürokratischen-systematischen Babelschwingen über die Presse, dazu kommt, daß es Affekt-handlungen sind; auf der andern Seite verdienen sie einen strengeren Maßstab, weil solche Vorkommnisse durchaus in Widerspruch stehen mit dem von Verband, von den Mitgliedschaftsversammlungen und in Artikeln des „Korr.“ vertretenen Standpunkt über Pressefreiheit und Zensur. Wenn man da an manche Versammlungserklärungen denkt (herausgehoben sind München in Nr. 2, Stuttgart in Nr. 7, Berlin in Nr. 8 und 15), so sollte es ganz unmöglich sein, daß von einzelnen Kollegen, von Personal oder von Mitgliedschaften überhaupt noch davon abgewichen werden kann, was die elf Berliner Bezirksversammlungen im Januar der Nationalversammlung erklärt haben: „Die Buchdrucker sind seit jeher die schärfsten Vertreter der ausgedehntesten Pressefreiheit gewesen und sind es heute noch. Sie halten es für ganz selbstverständlich, daß von den Betriebsräten ein Einfluß auf den Inhalt der Presseerzeugnisse nicht ausgeübt werden darf.“ Aber daß bei den Buchdruckern nichts unmöglich ist, haben ja die Anfragen an die Nürnberger Generalversammlung gezeigt, die das eigene Organ unter die Zensur des Vorstandes stellen wollten. Je nach der Art des Falles sind von uns Extra-touren gegen die Pressefreiheit aus den eignen Reihen behandelt worden.

Die durch den nachfolgenden Artikel breit und doch noch nicht vollständig aufgerollte Elberfelder Angelegenheit hat uns in Nr. 100 kurz referierend beschäftigt. Ob die Elberfelder Kollegen eine solche Art der Erledigung für ungenügend erachtet haben, oder ob sie wegen der über diesen Vorgang in der „Zeitschrift“ und im „Setzungs-verlag“ angelegenen Ähne, des im „Typ.“ verübten Spektakels, des Lärmchlagens in Tageszeitungen oder der unterschiedlichen Beurteilung in der Arbeiterpresse halber oder wegen des Eingreifens des Tarifamts „falsche Auffassungen innerhalb der Kollegenkreise“ zerstreuen wollen, sind für uns offene Fragen. Wir sehen uns nun aber gezwungen, den Elberfelder Kollegen zu sagen, daß ihr Handeln nicht richtig gewesen und mit allen Darlegungen im ersten Artikel wie zur Einleitung des zweiten über den Standpunkt der Buchdrucker zur Pressefreiheit und Zeitungs- und Bücherzensur unverträglich ist. Bei Ausbruch offener revolutionärer Kämpfe wäre auch im Einzelfall ein solches Handeln geboten gewesen, wie wir es dem Personal der „Allgemeinen Zeitung“ in Leipzig beim Kapp-Putsch als richtig attestiert haben. Aber im gegenwärtigen Augenblicke kann auch beim reaktionärsten Blatte nicht jede Handreichung einfach verweigert werden, die dazu mit dient, reaktionäre oder bössartige Zeitungsartikel in die Welt zu setzen. Die in der Elberfelder Ortsvereins-versammlung angenommene Resolution war eine verheerende Eingebung. Ist denn jemals Kollegen eingeleitet, die an der Herstellung reaktionärer Druckschriften beschäftigt waren oder sonst Artikel setzen mußten, die zur Arbeiterspezifisierung beitragen und ihre anerkannten Führer mit Schmutz besweren, sich als „Kloakenarbeiter“ zu betrachten? Dann hätten wir im Laufe der Jahrzehnte schon recht viele

„Kloakenarbeiter“ unter uns gehabt! Wenn man so das Exemplar stellen wollte, dann wären ja die Millionen in der Kriegsindustrie beschäftigt gewesen Arbeiter und Arbeiterinnen als Massenmörder zu deklarieren. Wem ist eine solche Verfliegenheit wohl eingefallen? Gegen unsere Organisation, gegen die Buchdrucker wegen der Tarif-gemeinschaft und wegen ihrer nicht jedem Bocksprung in der Arbeiterschaft folgenden Haltung hat es schon die hanebüchenden und direkt niederträchtige Angriffe gereignet von Arbeiterblättern. Am 29. Dezember 1919 ging die „Freiheit“ sogar so weit (siehe Nr. 20 des „Korr.“), die Buchdrucker „eine politisch unangehörige, mit Kostengeist und Berufsdünkel vollgeproppte Arbeiterkategorie“ zu nennen, die im März 1919 „ihren kämpfenden Arbeitsbrüder die Solidarität verlagern“, weswegen sie dem „Vorwärts“ als Leute mit tiefem Verantwortungsgefühl galten, dieses Lob des „Vorwärts“ habe jedoch einen recht bitteren Beigeschmack, denn auch „moralische Streikbrecher und ähneliche Kreaturen“ seien für ihn Leute mit tiefem Verantwortungsgefühl. Das Buchdruckerpersonal der „Freiheit“ hat sich darob nicht zu Kloakenarbeitern deklariert gefühlt. In der Berliner Kollegenkreise rumorte es aber, daß nicht wenigstens eine Gegenerklärung auf diese schwere Kollektivbeleidigung erfolgte. Die Elberfelder Kollegen-schaft hätte eine solche in schärfster Form fassen können, in der der „Bürger-Vorwärts“ in die richtige Nähe mit einer Kloake zu rücken gewesen wäre; man konnte auch der Firma Bacmeister eine Abrechnung zu einem gelegeneren Zeitpunkt ankündigen, aber eine Aufforderung sozuzagen von Organisationen wegen, das reaktionäre Geschreibsel durch eine Art Selbstschuß zu unterbinden, dürfte nicht erlassen werden. Das ist eine Handlungsweise, die auch gegen die Pressefreiheit unserer Nürnberger General-versammlung verstößt. Ganz richtig hat Savoritscher Albrecht als Vermittler die vom Ortsverein Elberfeld gefasste Entschliebung als den wundensten Punkt auf Gehilfenkreise erheben lassen müssen. Es ist natürlich komplizierter Anstich vom technischen Leiter Dilly, daß ein Seher auch sein Sodesorselblich leben müsse. Jedem Buchdrucker bleibt immer noch das Recht der Arbeitsverweigerung bei den schlimmsten persönlichen Zumutungen. Für die Konsequenzen, die daraus entstehen, gibt es ja dann noch Mittel und Wege, den Seil, der ein solches Verlangen stellt, moralisch und materiell ins Unrecht zu versetzen. Wir haben wohl für den Ausdruck der Auflehnung gegen die Arbeiter und die Buchdrucker im besondern treffende reaktionäre Säglosigkeit Verständnis, aber der in Elberfeld eingeschlagene Weg dagegen bleibt für uns dennoch falsch. Die vereinbarte Erklärung, die am Schlusse des umstehenden Elberfelder Artikels erwähnt wird, merkwürdigerweise aber für den „Korr.“ weggelassen ist, obwohl sie doch in den Bacmeisterischen Blättern von Gehilfenkreise zur Veröffentlichung gebracht wurde, gibt dieser unserer Auffassung vollständig recht. Sie lautet nämlich im Wortlaut:

Der vorstehende Artikel hat zu Differenzen zwischen Geschäftsleitung und technischem Personal geführt, da das Personal Unrichtigkeiten, die nach seiner Auffassung die Buchdruckerorganisation betrafen, gestrichen bzw. abgeändert wünschte und das Weitergehen des Artikels verweigerte, als die Betriebsleitung erklärte, dazu kein Recht zu haben. Infolge Arbeitsverweigerung wurden die in Frage kommenden Maschinenseher entlassen. Nach Auffassung des Personals entspricht es nicht den Tatsachen, daß der Vorstand des Ortsvereins Elberfeld des Verbandes der Deutschen Buchdrucker durch Vorkaufs-drohung die Mitglieder hinter sich hat. Weiter hat weder die Gehilfenkreise (noch die Seherlehrlinge, wie der Artikel-schreiber sagt) irgendwelche die Pressefreiheit an-tasten wollen, sondern im vorliegenden Falle lediglich Nichtigstellungen gewünscht, um von ihrer Organisation kein Zerrbild geben zu lassen. Auch die Frage der Sonntagsarbeit ist nach Auffassung der Gehilfen nicht den Tatsachen entsprechend geschildert. Der Vorstand des Ortsvereins ist in dieser Frage nicht der Spiritus rector gewesen, sondern die Gehilfenkreise Elberfelds wünschte, wie auch die übrigen Arbeiter, den freien Sonntag. Eine Einwirkung auf den politischen Inhalt der einzelnen Preboregane auszuüben, lehnte die Gehilfenkreise ab und ist von ihr niemals gefordert worden, da sie lediglich die technischen Arbeiten auszuführen hat, ohne auf den geistigen Inhalt der verschiedenen politischen Preboregane, in denen sie tätig sein muß, eine v. einflußnahme zu eritreben. Dies wurde in einer Konferenz, an der Vertreter der Gehilfenkreise, der Redaktionsorganisation, der Verleger und Vertreter des Schiedsgerichts beider Parteien teilgenommen haben, festgestellt. Auf Grund der Aussprache und Klärung der Angelegenheit ist nunmehr eine Verständigung erfolgt und der Konflikt beigelegt.

Der „Bürger-Vorwärts“ wird es sich wohl auch merken, wie treffend seine Werkschätzung durch den Kollegen Albrecht erfolgte. Eine Redaktion, die sich von dem Vertreter der Arbeiter sagen lassen mußte, daß ihr Blatt nur mit der Sange angefaßt werden könne, hat keine Veranlassung, auf diese Äußerung noch stolz zu sein. Unsere Elberfelder Kollegen werden aus dem Vorfalle und seinen Nachklängen auch die nötige Lehre ziehen. Die Opladener Mitgliedschaft, die gegen das Verhalten der Elberfelder eine Reso-lution faßte und diese uns zum Abdruck über sandte, kann es mit dieser Feststellung Genüge sein lassen.

Die grundsätzliche Seite des Elberfelder Falles hat durch die von Gehilfenkreise abgegebene Erklärung (siehe vorstehend) also eine Erledigung gefunden, die ganz im Rahmen unserer Betrachtung und Beurteilung liegt. Wir wollen deshalb nicht auf die nicht wenigen Presseaus-lassungen zu diesem Vorkommnis eingehen. Wenn wir einiges doch erwähnen, dann deshalb, um die Klärung vollständig zu machen. Der „Vorwärts“ in Berlin schrieb unter der Signatur „Verständlich, aber bedenklich“ u. a.: „Es handelt sich bei der ganzen Frage um ein Prinzip, das keine Durchbrechung vermag, auch nicht „Aus-wüchsen“ gegenüber, weil niemand bestimmen kann, wo Auswüchse anfangen und wo sie endigen. Wer Selbst-freiheit fordert, der gibt auch seinem Gegner Freiheit. Wir haben das von Anfang an gewußt, aber wir haben es nie gefürchtet, weil wir stets auf die Güte unserer Sache vertraut haben. Und darauf soll die Arbeiterschaft auch heute noch vertrauen.“ Das ist ein durchaus richtiger Standpunkt. In Herreth aber besteht jetzt eine andre Auffassung. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ hat schon ver-schiedentlich auf die Seher eingedehnt, weil sie das in der reaktionären Presse verzapfte Zeug bestellten. Am 27. August waren in dem Wiener „Vorwärts“, unserm Bruderorgan, deswegen Zurückweisungen zu lesen. Darin wird erinnert an frühere Vorgänge, an das Schicksal von gemahregelten Kollegen, die sich weigerten, Angriffe auf die sozialdemo-kratische Partei und ihre Führer zu setzen. Einem solchen Kollegen wurde bei seinem Vorprechen in der „Arbeiter-zeitung“ bedeutet, den Sehern könnte kein Recht zu, Zensur zu üben. Beschimpfungen zurückzuweisen, sei die „Arbeiter-zeitung“ da, keinesfalls aber dürfe der Parteifanatismus so weit führen, sich Jenseitigverweigerung anzumahnen. Jedenfalls ist das richtiger, als das, was die „Arbeiterzeitung“ jetzt von den Sehern erwartet. Dem „Typ.“ gab der Elberfelder Fall Veranlassung, sein Stillsitzen daran zu hängen. Erst kam eine Notiz, worin zwei kühne Behauptungen aufgestellt wurden, nämlich, daß die Nürnberger Presse-resolution nun ihre praktische Auslegung erfare, und dann die, daß selbst in Verbandskreisen die Presse-resolution unserer Generalversammlung Kopfstücken hervorgerufen habe. Am 17. September folgte ein Artikel von größerem Zuschnitt. Unsere Presse-resolution soll sogar die in der Reichsverfassung niedergelegte Freiheit der Presse ganz bedenklich durchlöchern. Dem Stadtrate Heenemann (Vor-sitzender des Tarifamts) wird mit der von ihm in der „Zeitschrift“ und im „Setzungsverlag“ vertretenen An-sicht, in dem Vorgange von Elberfeld liege eine beispiel-lose Mißachtung der Nürnberger Generalversammlungs-beschlüsse, widerprochen und dargelegt, wie „folgerichtig“ die Nürnberger Resolution hier zur Anwendung gekommen wäre. Der Höhepunkt aber wird erklommen mit dem Sage: „Die Prinzipalität wird ohne Zweifel gegenüber solchen Vorgängen Vorkehrungen treffen. Wenn diese auf eine Schädigung der Gehilfeninteressen hinauslaufen, dann sollte man sich gefälligst bei den revolutionären Freiheits-kämpfern dafür bedanken.“ Das ist ausgemachte Scharf-macherei! Man wird vom „Typ.“ nicht verlangen können, daß er den Elberfelder Vorgang gutheißt, aber von einer kritischen Stellungnahme bis zu einem solchen Verhalten, das weit über das Urteil von Prinzpalis und Zeitungs-verlegerkreisen hinausgeht, das ist denn doch wirklich aller-hand. Man findet den Schlüssel für die im Juli und jetzt betriebene Mobilisierung der Prinzipale vielleicht in dem Umstände, daß die vom „Typ.“ vertretene Organisation absolut nicht vorwärts kommt. Bei Kriegsausbruch hatte sie 3647 Mitglieder, Ende 1919 aber erst 2685 wieder bei 319 Kriegsoffizern, wohingegen der christliche Hilfsarbeiter-verband im Jahre 1919 um 6162 Mitglieder zunahm. Daß unser Verband trotz des 8000 Mann starken Ver-lufes durch den Krieg Ende 1919 den Höchstmitglieds-stand vor Kriegsausbruch schon wieder überschritten hatte, mag für den „Typ.“ schließlich noch schmerzlicher sein. Mit solchen unfairen Handlungen wie gegenüber unserer Nürn-berger Presse-resolution und jetzt beim Elberfelder Fall wird der „Typ.“ für keine Organisation aber bestimmt keine weiteren Mitglieder gewinnen.

Wie sich in manchen Köpfen die Pressefreiheit ausmaßt, und welche Rolle zur Wahrung der ganz richtiggehenden dabei den Buchdruckern zugeordnet wird, das kann man in den Arbeiterkreisen, die gar keinen Boden mehr unter den Füßen haben, häufig erleben. Die „rote Fahne“ vom 21. September widmet der Aufnahme des Aufsatzes „Wie lange noch?“ vom Kollegen Seiwert (Ludwigshafen) in Nr. 105 gleich einen Artikel. Das Schlimmste daran ist für das kommunistische Zentralorgan aber das Fehlen eines Redaktionschwanzes von uns aus. Man will nicht glauben, daß sich die denkenden Buchdrucker und Schriftsteller „eine solche Zeitung ihrer Gewerkschaft lange gefallen lassen“. Müßen das kleine Menschen sein, die in einer Gewerkschaftsorganisation nicht allen Meinungen freien Lauf lassen wollen! Wir haben in dieser Woche von einem bolschewistischen Sendboten den richtigen Begriff von der bolschewistischen Pressefreiheit erhalten und können nur sagen: wir danken! Wir müssen auch sagen, daß wir kein Verständnis für den in Berlin in gewissen Kreisen neugeschaffenen Begriff der „proletarischen Pressefreiheit“ aufzubringen vermögen. Von der kommunistischen haben wir in dem ersten Artikel eine Vorstellung gegeben. Viel besser für das geistige Leben des ganzen Volkes, die Arbeiterklasse im besondern und nicht zuletzt für die weitere revolutionäre Entwicklung der Dinge ist das, was wir unter der Überschrift dieser beiden Artikel als Pressefreiheit definiert haben.

Deshalb müssen wir auch, wie in Nr. 44 v. J. schon einmal gegenüber einer Einwendung in der „Leipziger Volkszeitung“ mit dem Verlangen der Statuierung „wirklicher“ Pressefreiheit durch die Betriebsräte in den Zeitungsdruckereien, den „Erelen Arbeiter“ eine hübsche Abgabe erteilen. In diesem Organ der „Föderation der kommunistischen Anarchisten Deutschlands“ hat ein „Titanus“ zeichnender Artikelschreiber vor einiger Zeit das Schema „Die Buchdrucker und die Revolution“ in einer Weise parodiert, daß den armen Buchdruckern angst und bange werden könnte über ihre Verhängnisse an der Revolution. Nachdem der unter dem bescheidenen Pseudonym „Titanus“ schreibende Mann den Buchdruckern liebenswürdig gesagt hat, daß sie als Sträbwinkele Landwehr hinter der Zeitgeschichte einherziehen und den Sinn der Revolution völlig verkennen, kein Verantwortungsgefühl gegenüber der Revolution haben und dadurch, daß sie täglich den größten Schwindel sehen und drucken, eine heillose Anverwandlung an den Tag legen und der beherlichen Propaganda der Reaktion durch ihr verhängnisvolles Beginnen Vorschub leisten, ruft er sie auf, eine direkte Aktion zu führen, daß der reaktionäre blödsinnige Schwindel aus der Presse verschwindet. Wir haben schon in dem ersten Artikel erwähnt, daß die Buchdrucker revolutionären Druckschriften selbst auf illegalem Wege zum Erscheinen verholpen haben. Glauben Titanus und Genossen, daß die Reaktion allein durch das Verjagen der Buchdruckerpresse mit obligater Massenarbeitslosigkeit der Buchdrucker auszurufen wäre? Und dann, wenn man sich vergegenwärtigt, wie die beiden kommunistischen Parteien sich schon des Verrats an der Revolution beschuldigen und in allen Tonarten den andern Teil dienlich der Reaktion nennen, wie könnten die Buchdrucker als rettende Engel sich da noch zurechtfinden und immer bei der wirklich richtigen Reaktion den erforderlichen Schluß eintreten lassen? Diese Serkulesarbeit des Zurechtfindens in der allgemeinen Konfusion und des überall entbedachten Arbeiterverrats würde jetzt ja nicht einmal mehr ein Titanus fertigbringen!

Damit könnte wohl das Kapitel „Zeitungs- und Bücherjargon“ für längere Zeit erledigt sein. Die Buchdrucker werden bleiben, was sie waren und sind und werden damit auch der Revolution am besten dienen.

Der Konflikt in der Bergischen Druckerei und Verlagsanstalt

In Elberfeld verdient auch im „Korr.“ eine nähere Schilderung zu finden, um solche Auffassungen innerhalb der Kollegenkreise zu zerstreuen.

In dem genannten Verlag erscheint das Sensationsbündchen „Bürger-Vorwärts“. Dieses Blatt ist dem „Vorwärts“ in seiner Aufmachung nachgebildet und stammt aus der Zeit nach den Kapptagen, alwo die sogenannten Bürgergeräte Sprachrohre gründeten. In diesem „B.V.“ wurden die unglücklichen Beschimpfungen und schamlosesten Verdächtigungen gegen unsere Gewerkschaftsführer aufgenommen. Am diesem Anflug ein Ende zu machen, wurde in der letzten Ortsvereinsversammlung die Sache besprochen und folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute, am 26. August, tagende Buchdrucker-Versammlung verurteilt auf das entschiedenste die jeden journalistischen Anstandes bare Schreibweise des bei der Firma Bacmeister hergestellten „Bürger-Vorwärts“. Sie verlangt von den dort beschäftigten Kollegen, daß sie in Zukunft jede Handreichung verweigern, Zeitungsartikel in die Welt zu setzen, die zur Arbeiterverpöthung beitragen und ihre anerkannten Führer mit Schmutz besudeln. Der B.V.-Drucker ist Buchdrucker und kein Stöckerarbeiter.

Diese Resolution ist auch in den Arbeiterzeitungen veröffentlicht worden.

Lange ließ die Geschäftsleitung mit der Herausforderung der Gehilfen nicht auf sich warten. Schon am Montagabend gegen 10 Uhr erschien ein Artikel in der Seherei von dem Schriftleiter Dr. Brauweiler, der solche unangehörlichen Beschuldigungen und Beschimpfungen unseres Ortsvereinsvorstandes enthielt, daß der betreffende Kollege, der diesen Artikel zu sehen hatte, stußte und daher beim Nachredakteur um Abänderung der betreffenden Stellen ersuchte, damit keine falsche Meinung in der Öffentlichkeit entstände. In dem Artikel hieß es u. a., daß der Ortsvorstand sparsamlich verfuhr sei, der sich durch Radikalismus allen andern Ortsvorständen gegenüber hervorgetan und der die Mehrzahl der Mitglieder nur durch Boshafandrobung hinter sich habe. Daß nach dem Beschlusse des Elberfelder Ortsvereins in Zukunft die deutsche Presse von Sehereiherberden befreit und die Redaktionen vom Buchdruckerstand befreit würden usw. Der Nachredakteur hielt sich zu dieser Abänderung nicht befangen und so unterblieb die Weiterleitung bis Dienstag. Am Dienstag wurde nun dem technischen Leiter Wilm die Sache vorgelesen. Dieser fuhr den betreffenden Kollegen in seiner ihm eignen Art an, daß er den Artikel (auch wenn sein Todesurteil darin enthalten sei) zu sehen hätte, wie er geschrieben sei. Auch der Verlagsdirektor Kortendick verlangte kategorisch, daß der Artikel in seiner ursprünglichen Form gesetzt würde. Sämtliche Kollegen erklärten nochmals, daß sie sich nicht weigerten, den Artikel zu sehen, aber die betreffenden Stellen abgeändert wünschten. Hierauf wurden die Maschinenleiter sofort entlassen wegen Arbeitsverweigerung.

Der von diesem Vorfall in Kenntnis gesetzte Ortsvorstand ließ sich darauf sofort mit der Firma in Verbindung. Der Vorsitzende Weber wünschte Einblick in den Artikel, um sich von dem ihm Vorgelegenen überzeugen zu können. Die Geschäftsleitung verweigerte die Einsichtnahme und lehnte jede gültige Vermittlung ab. Daraufhin erklärte sich das übrige Personal mit den auf des Meisters Geworbenen solidarisch und trat in den Ausstand. Durch Vermittlung des Vorsitzenden wurden auf Mittwochabend Verhandlungen angeheft, an der auch Gauvorsteher Albrecht (Köln) teilnahm.

Inzwischen war vom Tarifamt ein Telegramm eingelaufen an den Ortsvorstand. In diesem Telegramm enthielt sich das Tarifamt über den unberechtigten Eingriff in die Pressefreiheit, verurteilte das Vorgehen, empfand es als eine Schande für das Buchdruckergewerbe und verlangte sofortige Wiederaufnahme des Arbeit. Anderntags kam noch ein zweites Telegramm, in dem das Tarifamt unverblümt ankündigte, daß es gegen die Gehilfen Stellung nehmen und dieselben von der Tarifgemeinschaft ausschließen werde.

Wie die Elberfelder Kollegenschaft dieses Vorgehen des Tarifamts beurteilt, hat sie in der Versammlung am 6. September durch Annahme folgender Erklärung gezeigt: Eine derartige einseitige Stellungnahme des Tarifamts ist auf das entschiedenste zu verurteilen. Wir Gehilfen verlangen, daß das Tarifamt sich in Zukunft von beiden Seiten genau informieren läßt, ehe es Stellung in irgendeiner Sache nimmt.

Der Verlag hatte sofort an W.B. folgenden Bericht übermittelt:

Zu einem Übergreif, der für die gesamte deutsche Presse von tiefgehender Bedeutung ist und in seinen Folgen noch nicht abgesehen werden kann, kam es heute vormittag in dem Betriebe der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ in Elberfeld. Das Personal weigerte sich, einen Leitartikel des politischen Schriftleiters dieser Zeitung, Herrn Dr. Ernst Brauweiler, zu setzen, der den Titel „Verfassungsjabotage“ führte und sich u. a. grundsätzlich auch mit den Auswirkungen befaßte, die sich aus einem Beschlusse der Ortsgruppe Elberfeld des Buchdruckerverbandes ergaben, die folgenden Wortlaut hatte: (folgt Resolution wie vorstehend abgedruckt). Der Verlag hat in der Weigerung, den Leitartikel zu setzen, eine Jenur des technischen Personals über die Arbeit der Schriftleitung erblickt, die in keiner Weise gerechtfertigt werden kann, da dies für das gesamte deutsche Zeitungsgewerbe einen verhängnisvollen Präzedenzfall schaffen würde. Das technische Personal ist daraufhin in den Streik getreten.

Auch dem Gauvorsteher wurde die Einsichtnahme des Artikels nur als Privatmann gestattet, was dieser natürlich ablehnte, da er als Gauvorsteher anwesend sei und nicht als Privatmann. Ferner erklärte Gauvorsteher Albrecht, daß man eine derartige Zeitung wie den „Bürger-Vorwärts“ nur mit einer Zange anfassen könne. Nach stundenlangem Verhandeln wurde dann eine Einigung erzielt, daß der betreffende Artikel zu sehen sei und die Organisation eine sogenannte Erklärung anhängen dürfe. Auch die Streikstage mußte die Firma bezahlen. So endete die große Aktion.

Julius Weber, Vorsitzender. Fritz Grimm, Schriftführer.

□ Aus der Betriebsratspraxis □

„Betriebsrätezeitung“

Von der „Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ ist vor kurzem die vierte Nummer erschienen. Sie bietet ebenso wie die vorhergehenden Nummern eine wahre Fundgrube für die Erkenntnis der geistigen und technischen Zusammenhänge des Wirtschaftslebens. Die neue Zeitschrift, deren Schriftleitung in den Händen Dr. Strieners liegt, erweist sich immer mehr als ein zuverlässiger und praktisch brauch-

barer Mittelreifer zur wirklichen Vertiefung der Arbeiterinteressen durch die Betriebsräte. Ihr Studium bringt jedem Gewinn, dem es ehrlich darum zu tun ist, an der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Banden der privatkapitalistischen Produktionsform mitzuarbeiten. Die Nummer 4 enthält an erster Stelle den Aufruf zum Kongreß der Betriebsräte Deutschlands am 5. und 6. Oktober in Berlin und Näheres über den Wahlmodus zu diesem provisorischen Betriebsrätekongreß, auf dem feste Grundlagen für eine organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte geschaffen werden sollen. Aus dem sonstigen reichen Inhalte des neuen Heftes seien folgende bemerkenswerten Beiträge erwähnt: „Wirtschaftliche Ziele“, eine Einführung in das innere Wesen der Wirtschaft, „Die Börse“, von Heinrich Dove, „Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues“ (Beitrag der Sozialisierungskommission), „Der gegenwärtige Stand der Spezialisierungsfrage“, von Ingenieur Schulz-Mehrin. In den Sammelrubriken „Gefeh und Recht“, „Betriebswissenschaft“, „Statistik“ findet der Leser außerdem die wertvollsten Fingerzeige für die Betriebsratspraxis.

Informationsmaterial

Eine weitere Informationsquelle für Betriebsräte bilden sechs Heftchen, die die Zentrale der Betriebsräte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände bis jetzt herausgegeben hat. Auch diese sind als ein unentbehrliches Hilfsmittel für Betriebsräte zu betrachten. Das erste Heft enthält Aufruf und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände sowie Arbeitsplan, Aufgaben und Normalfassung der örtlichen freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale; das 2.: Geschäftsleitung, Geschäftsordnung und Arbeitsordnung des Betriebsrats; das 3.: Richtlinien für Einstellungen und Entlassungen; das 4.: Der Obmann im Kleinbetriebe; das 5.: Wer ist zuständig bei Streitigkeiten?; das 6.: Was ist eine Bilanz?

Die Anschaffung dieser Heftchen ist empfehlenswert im Interesse weitgehender Aufklärung über die Betriebsratspraxis. Es ist in dieser Beziehung unmöglich, alles von der Gewerkschaftspresse zu erwarten, die mit andern dringlichen Aufgaben zu stark belastet ist. Die zahlreichen Mitteilungen, die uns namentlich aus kleineren Orten fortgesetzt zugehen und sich zum Teil zu umfangreichen Schilderungen spezieller Vorgänge in einzelnen Druckereien ausweiten, können unmöglich auf Abdruck im „Korr.“ rechnen. Die darin aufgeworfenen Fragen aus der Betriebsratspraxis werden von Zeit zu Zeit eine allgemeine Behandlung an dieser Stelle erfahren, wie es im nachstehenden wiederum erfolgt.

Anrufung des Schlichtungsausschusses

Die Bestimmungen im § 84 des Betriebsrätegesetzes sehen einen Kündigungsschutz des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber vor. Der Paragraf verbietet die Entlassung, wenn sie aus gewissen, im Gesetz aufgezählten Gründen erfolgt. Wie die „Soziale Praxis“ mitteilt, ist jedoch nach einer neueren Entscheidung des Reichsarbeitsministers die Anrufung des Schlichtungsausschusses durch einen Arbeitnehmer beim Fehlen eines Betriebsrats im Falle der Verletzung des § 84 B.R.G. unmöglich. Nur dann, wenn die Kündigung Anlaß zu einer allgemeinen Arbeitsfreistellung gegeben hat, ist der Obmann oder der Arbeitnehmer berechtigt, den Schlichtungsausschuh zur Vermittlung, aber nicht zur verbindlichen Entscheidung anzurufen.

Raum für Betriebsversammlungen

Zu der vielumstrittenen Frage der Bereitstellung eines Raumes für Betriebsversammlungen durch den Arbeitgeber hat der Reichsarbeitsminister auf eine Anfrage aus Arbeitgeberkreisen folgenden Bescheid erteilt: „Die Betriebsversammlung ist nach § 45 ff. B.R.G. eine gesetzliche Einrichtung. Der Betriebsratsvorsitzende ist unter bestimmten Voraussetzungen sie einzuberufen verpflichtet, im übrigen jederzeit hierzu berechtigt. Ihre Abhaltung fällt daher unter die Geschäftsführung des Betriebsrats, für die der Arbeitgeber nach § 36 B.R.G. die nach Umfang und Beschaffenheit des Betriebes erforderlichen Räume zur Verfügung zu stellen hat. Stellt der Arbeitgeber geeignete Räume seines Betriebes zur Verfügung, wird die Versammlung aber dennoch in fremden Räumen abgehalten, so braucht er die Kosten hierfür nicht zu tragen. Ist der Arbeitgeber aber dazu nicht in der Lage oder gewillt, so muß er als verpflichtet angesehen werden, die notwendigen Kosten zu Recht einberufener Betriebsversammlungen gemäß § 36 B.R.G. zu tragen, um so mehr, als § 37 dem Betriebsrat andre finanzielle Mittel für seine Aufgaben verlag. Die gegenteilige Auffassung würde dazu führen, daß der Arbeitgeber durch seine Weigerung, eigene Räume oder Mieträume zur Verfügung zu stellen, die Einrichtung der Betriebsversammlung beeinträchtigen könnte.“

□□□□□ Literarisches □□□□□

Unter dem Titel „Am Sturm der neuen Zeit“ hat Kollege Friedrich Schulz in Nürnberg die Früchte seiner geistigen und literarischen Schaffens in einem gleichnamigen, aufgestellten Heft veröffentlicht. Es handelt sich dabei um Dichtungen, die die Zeitgenossen mit sich führen, die die Revolution innerhalb der Arbeiterklasse erleben. Eine literarische Welt macht darin den mehr oder minder gelungenen Versuch, zu verdeutlichen zu sprechen und sie zu freibleibenden Werten zu begeistern. Der Preis des im Selbstverlage des Verfassers (Schweppermannstraße 55) erschienenen Büchleins beträgt 3 Mk.